

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

15.7.1927 (No. 162)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 963
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. em. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Kriegsprophezeiungen

Wenn sich die führenden Köpfe anderer Völker heute bereits auf die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges einstellen, so wäre es töricht, von uns nicht das Gleiche zu tun. In den letzten Monaten ist die politische Atmosphäre der Welt oft derartig gewittertschwillig gewesen, daß man sich über den Ausbruch eines Kriegs garnicht hätte wundern brauchen. Und ebenso ist in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit derartig viel von der Wahrscheinlichkeit neuer großer Kriege gesprochen worden, daß man diese Äußerungen nicht mehr als „Schwärmereien kriegslüsterer Militärs“ abtun kann.

Wir wollen uns auch durch das Theater, das vor den Kulissen gespielt wird, nicht blenden lassen. Der Völkerbund ist und bleibt eine sehr gute und notwendige Institution und kann noch als das einzige, wirklich brauchbare Ventil bei einer drohenden Kriegsgefahr gelten. Aber er ist nicht allmächtig und schließlich abhängig von dem Willen seiner Mitglieder. Ist dieser Wille ein kriegerischer, so können all die schönen Statuten des Völkerbunds nichts helfen.

Noch wertvoller sind die sogenannten „Abrüstungskonferenzen“. Man unterhält sich schon wochenlang in Genf über die Beschränkung der Seerüstungen, soweit diese die kleineren Kriegsschiffe betreffen. Geeignet hat man sich noch nicht. Sollte man sich einigen, so werden die drei beteiligten Großmächte zur See, England, die Vereinigten Staaten und Japan, immer noch über eine erschreckend große Zahl von Kreuzern usw. verfügen. Von einer Abrüstung kann sonach überhaupt nicht geredet werden. Und heimliches Rüstet ist ja überhaupt nicht zu kontrollieren. Wenn einer der Vertragspartner es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, hat er durchaus die Möglichkeit, hintenherum seine Rüstung zu vergrößern.

Daß die leitenden Staatsmänner der Kulturvölker der Erde einen Krieg nicht wollen, darf man ruhig annehmen. Und auch die Bevölkerung der einzelnen Länder wünscht in ihrer erdrückenden Mehrheit sicher keinen Krieg. Aber man weiß ja, wie es gemacht wird. Fragen des wirtschaftlichen Wettbewerbs werden zum Range von Machtfragen erhoben, durch geschickte Propaganda einer im Dienste der Kriegsparteien stehenden Presse wird Haß unter den Völkern gesät, kleine Ungeschicklichkeiten werden zu schweren Herausforderungen aufgebauscht, plötzlich ist das „Prestige der Nation engagiert“, ihre Lebensinteressen sind bedroht, und schon geht der Kampf los. Wer wirklich den Frieden wünscht und der Meinung ist, die Völker könnten ihre Streitfragen auch ohne blutigen Kampf austragen, der wird allen Vorgängen dieser Art seine besondere Aufmerksamkeit schenken und rechtzeitig jener Propaganda entgegenwirken.

Bedrohlich ist die weltpolitische Situation im Augenblick deshalb, weil in jenem Gebiet, dessen Besitz von entscheidender Bedeutung sein muß, nämlich in China, das Feuer bereits unter der Asche glimmt. Zunächst will China bekanntlich sich selbst befreien. Diejenigen Großmächte, die durch eine solche Befreiungaktion am stärksten berührt werden, sind Japan, Rußland, England, die Vereinigten Staaten und Frankreich. Am besten wäre es für China und gleichzeitig für den Frieden der Welt, wenn die nationale Bewegung immer mehr erstarke, die Bevölkerung im Süden und im Norden mit sich forttrifft, und schon allein durch die Wucht ihrer moralischen Größe sämtliche fremde Mächte zum Verzicht zwingen würde.

Noch stehen sich aber drei Parteien in China bewaffnet gegenüber, von ihnen hat die eine, die der Südhinesen, unter der militärischen Führung Tschang-kaischeks die günstigste Position inne. Dafür hat sich aber die Nordregierung in Peking (Marschall Tschang-holin) wie neuerdings gemeldet wird, heimlich mit den fremden Mächten, und zwar in erster Linie mit Japan, verbündet. Die Landung japanischer Truppen in Schantung beweist, daß Tokio die Absicht hat, unter Umständen auch mit kriegerischen Mitteln seine „Interessen“ in China zu wahren. Offiziös wird ganz unverblümt erklärt, daß die Mandchurei hauptsächlich „japanisches Interessengebiet“ sei. Als nun die Truppen der südhinesischen Regierung sich immer näher gegen Peking heranschoben, und jenes „Interessengebiet“ ja nördlich von Peking beginnt, im übrigen aber auch die Schantungbahn japanisches „Interessengebiet“ ist, hat

die japanische Regierung nicht gezögert, sich mit Truppen am Spiel zu beteiligen. Diese Truppen stehen noch Gewehr bei Fuß, können aber zu jeder Zeit kämpfend eingreifen, sowie es die Regierung in Tokio gebietet. Inzwischen hat, wie gemeldet wird, Tschang-kaischek seinen Vormarsch nach Norden unterbrochen, angeblich, weil er erst mit der dritten Partei in China, mit der Regierung in Hankau, abrechnen will. Jedenfalls ist und bleibt die Situation in China außerordentlich kritisch. Denn, wenn Japan mit bewaffneter Hand in die Wirren eingreift, werden die übrigen Großmächte nicht ruhig bleiben.

In Europa ist es nach wie vor Frankreich, welches den Gedanken an Krieg wach hält. Nicht das offizielle Frankreich, aber das einflussreiche Frankreich der Militärs und Nationalisten. Kürzlich haben diese Kreise eine „Vereinigung der überfallenen Gebiete“ gegründet, die dahin wirken will, daß das Rheinland nicht eher geräumt wird, als bis die in Aussicht genommenen Verteidigungslinien an der französischen Grenze errichtet worden sind. Die Vereinigung setzt sich vor allem aus den rechtsrheinischen Kreisen der vom Weltkrieg unmittelbar betroffenen Ost- und Nordost-Provinzen zusammen. Die Befestigung der Rheinlande hat nach der Meinung der französischen Nationalisten also den Zweck, Zeit zu schaffen, bis die französischen Grenzen in der wünschenswerten Weise defensiv ausgebaut sind. Da man mit diesem Ausbau noch nicht einmal begonnen hat, werden diese Schichten des französischen Volkes nie in eine frühzeitige Räumung einwilligen.

Zu propagandistischen Zwecken, und, um Deutschland zu schaden, geht die Vereinigung mit der alten Behauptung auf, das deutsche Volk bereite jetzt schon den Revanchekrieg vor. Und leider hat sie in dem belgischen Kriegsminister dabei einen Helfershelfer gefunden. Auch Marschall Foch stellt sich mit seiner ganzen Autorität in den Dienst der neuen Bewegung. Nach seiner Überzeugung ist der nächste Weltkrieg spätestens in 15 bis 20 Jahren zu erwarten.

Das alles sind Vorgänge, die uns außerordentlich bedenklich stimmen müssen. Sie zeigen nicht nur, wie schwierig die außenpolitischen Aufgaben Deutschlands Frankreich gegenüber sind, sie zeigen auch, wie schwer es sein wird, den Frieden in der Welt aufrecht zu erhalten. Und sie geben allen denen Recht, die in ihre politische Rechnung die Möglichkeit neuer, großer Kriege heute bereits als einen festen Posten einsetzen. All das kann die Nationen natürlich nicht von der Pflicht entbinden, dennoch den Krieg zu vermeiden und den Weg friedlicher Schlichtung für alle Streitigkeiten zu entdecken.

Verabschiedung von Gesetzen durch das Reichskabinett

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner letzten Sitzung außer dem Reichsschulgesetz u. a. das Steuervereinfachungsgesetz, welches als Nachtragsgesetz vier einzelne Gesetze umfaßt. Es handelt sich dabei um das Grundsteuer-Nachtragsgesetz, das Gewerbesteuer-Nachtragsgesetz, das Gebäudeentlastungsgesetz und das Steueranpassungsgesetz. Diese vier Gesetze werden durch ihren gemeinsamen Zweck miteinander verbunden. Sie dienen der Vereinfachung und Vereinfachung der Steuer selbst und der Steuerverwaltung und sollen auch eine Ersparung an Verwaltungskosten und größere Bequemlichkeit für die Steuerpflichtigen herbeiführen. Des weiteren hat das Reichskabinett das Kriegsschadensschlußgesetz und das Liquidationsschadensgesetz erlassen und dem Reichsrat übermittelt. Es hat sich ermöglichen lassen, den Geschädigten höhere Beträge als ursprünglich vorgesehen, zuzuweisen, ohne dabei den Haushalt zu gefährden.

Die Eigen für Menschenrechte gegen den Faschismus. Wie die Pariser Morgenpresse berichtet, hat sich der Kongress der internationalen Vereinigung der Vigen für Menschenrechte der seine Tagung in Paris beendete, ausschließlich mit der Frage des Faschismus beschäftigt und mit allen gegen eine Stimme eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt: Der Kongress erklärt, daß unter den Kriegsgesfahren eine der ernstesten das Vorhandensein von Diktaturen ist, die offen oder verdeckt dem Völkerbund feindlich gesinnt sind, gleichviel, ob sie ihm angehören oder nicht. Die Demokratien aller Länder werden daher aufgefordert, sich gemeinsam dafür einzusetzen, daß die Menschenrechte, die die absolute Vorbedingung zum Fortschritt und Frieden sind, in allen Ländern wieder gesichert werden.

Das Automobil im Dienste der Kommune

Die Gemeinden bedienen sich für ihre Reinigungs- und Wohlfahrtsbetriebe in großem Umfang des Automobils. Die Kraftfahrzeugindustrie befaßt sich daher sehr eifrig mit dem Bau von Nutzfahrzeugen für den Kommunaldienst. Am frühesten haben wohl die städtischen Feuerwehren begonnen, das Pferd durch den Motor zu ersetzen. Im Feuerlöschwesen spielt naturgemäß die Schnelligkeit eine große Rolle. Daraus erklärt sich weiter die Überlegenheit des Kraftwagens bei der Bekämpfung von Bränden, wenn man dabei einmal von der Wirtschaftlichkeit ganz abliest, wenn man dabei einmal von der engen und hohen Gebäuden wäre eine wirksame Bekämpfung der Brände ohne die Hilfe des Kraftwagens vielfach gar nicht mehr möglich.

Die Kölner Internationale Lastwagenausstellung bot ein außerordentlich vielseitiges Bild der Anwendung des Automobils im kommunalen Feuerlöschwesen. Es dient keineswegs nur zur schnellen Beförderung der Mannschaften und der Löschgeräte zur Brandstelle. Die Aufrichtung der Leitern, das Pumpen des Wassers, das Spritzen, alles geht heute möglich mit Hilfe der motorischen Kraft vor sich, die der Lastkraftwagen heranschafft.

Die städtische Straßenreinigung bedient sich zur Sprengung der Straßen, zur Beseitigung des Straßenschmutzes und zum Glatthalten der gereinigten Straßen längst nicht mehr ausschließlich des Pferdewagens. Auch sie bevorzugt die motorische Kraft, die die Automobilindustrie in immer neuen Formen in den Dienst des Straßenreinigungswesens zu stellen weiß. Auf der Kölner Ausstellung war ein ganz moderner Straßenreinigungs-Kraftwagen zu sehen, den die Firma Krupp konstruiert hatte, und der einen bedeutenden Fortschritt hinsichtlich der Leistungsfähigkeit im Reinigen von Straßen bedeutet.

Das Krankenauto hat sich heute auch in Mittel- und Kleinstädten unentbehrlich gemacht, denn bei der Beförderung von Kranken zur Rettungsstelle, zum Arzt und zum Krankenhaus spielt die Schnelligkeit eine große Rolle. Das Krankenauto muß aber nicht nur schnell und sicher fahren, sondern auch den beförderten Kranken vor allen Erschütterungen möglichst schützen. Auch auf diesem Gebiete sind in Köln eine Reihe von anerkanntwertigen Leistungen von verschiedenen Automobilfabriken gezeigt worden.

Zu den wichtigen hygienischen Aufgaben einer Kommune gehört die schnelle und staubfreie Müllbeseitigung. Eine hygienische Entleerung der Hauskästen, bevor sich allzu große Müllmengen aufgesammelt haben, ist heute kaum möglich ohne die Hilfe der Spezial-Lastkraftwagen mit motorischem Förderantrieb für die Müllbeladung und -entladung, wie z. B. die Kruppwerke in bewährten Typen ausgestellt hatten. In das gleiche Gebiet gehören die Füllwagen, die im Dienste der Kanalisation gebraucht werden. Die Gesundheit der Städte erfordert heute auf allen Gebieten größte Geschwindigkeit in der Entfernung von Schmutz jeder Art. Ein Gang durch die Kölner Ausstellung zeigte den Besuchern, wie umfangreich die Verwendung des Lastkraftwagens auf diesem Gebiete ist, und wie eifrig die Kommunalverwaltungen überall bestrebt sind, sich die modernsten Erfindungen, Konstruktionen und Einrichtungen zunutze zu machen, um die Leistungsfähigkeit der dem öffentlichen Wohl dienenden Kommunalbetriebe immer mehr zu steigern.

Von großer Bedeutung für die Verwendung des städtischen Lastkraftwagens bei der Feuerwehr, beim Krankentransport, bei der Straßenreinigung und bei der Müllabfuhr ist freilich die leichte Lenkbarkeit und Bremsbarkeit der Kommunalautomobile. Gerade weil bei ihnen vielfach auf größte Geschwindigkeit des Transports Wert gelegt werden muß, müssen die städtischen Nutzfahrzeuge bei plötzlich eintretenden Hemmnissen sofort und unbedingt sicher zum Stillstand gebracht werden können. Die auf der Internationalen Lastwagenausstellung in Köln ausgetesteten Gemeinde-Nutzfahrzeuge modernster Konstruktion waren fast sämtlich mit Druckluft-Vierradbremsen ausgestattet. So führte z. B. die Hanomag einen Traktor mit Mullanhängern vor, in den die Knorr-Druckluft-Vierradbremse eingebaut war, die bei eintretenden Gefahren Traktor und Anhänger automatisch sofort zum Stillstand bringt, und bei der ein Versagen der Bremse ausgeschlossen ist. Auch die Feuerwehr-Automobile der Firma Magirus, der Mülltransportzug, den die Nationale Automobil-Gesellschaft für die Stadt Köln erbaut hatte, der Sprengwagen der M. A. N. und viele andere in Köln vorgeführte kommunale Nutzfahrzeuge waren mit der modernen Knorr-Druckluftbremse ausgestattet.

Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind die Ziele, denen die gemeinnützigen Gemeindebetriebe durch die Anwendung des Automobils zu Beförderungszwecken der verschiedensten Art dienen wollen. Sie machen sich nach Möglichkeit alle technischen Fortschritte zunutze und bleiben in dieser Hinsicht, wie die Kölner Ausstellung bewiesen hat, hinter keinem noch so rationell arbeitenden industriellen Großbetrieb mehr zurück.

Der bayerische Pressechef an Dr. Birth. Der Pressechef der bayerischen Regierung, Dr. Hans Eisele, äußert sich heute zu den Angriffen Dr. Births. Den Vorwurf der politischen Freibeuterei weist er als eine Beleidigung zurück. Ganz entschieden lehne er es ab, die Verantwortung für einen Artikel zu übernehmen, der nicht seine Unterschrift trägt, sondern unter Verantwortung der Redaktion des deutsch-amerikanischen Blattes schon vor Monaten veröffentlicht worden sei. Darum erübrige sich auch, festzustellen, daß er weder das Zentrum, noch Herrn Dr. Birth oder eines anderen lebenden Zentrumsabgeordneten mit Varnat in Verbindung gebracht und der Korruption bezichtigt habe.

Mit der Beilage: 37. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Der Reichsschulgesetzentwurf

Zur Besprechung des Reichsschulgesetzes werden diejenigen Abgeordneten, die als Vertreter ihrer Fraktionen die parlamentarischen Vorverhandlungen über das Schulgesetz geführt haben, in Berlin erwartet, wo sie Gelegenheit haben werden, sich mit den Vertretern der Regierung zu besprechen. Die „Tägliche Rundschau“ unterstreicht noch einmal, daß die beiden völksparteilichen Minister ursprünglich erklärt haben, sie müßten ihrer Fraktion die Stellungnahme zu dem Entwurf in voller Entschlußfreiheit überlassen. Die „Vossische Zeitung“ glaubt, daß eine Sonderberatung des Reichstages der Beratungen im Reichsrat abgeschlossen werden können. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ mitzuteilen weiß, sieht der Entwurf die grundsätzliche Gleichstellung von Volksschule, Gemeindefachschule und weltlicher Schule vor. Entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung stabilisiert der Entwurf das Recht der Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten über die Schule für ihre Kinder zu entscheiden, und läßt als einzige Grenze des Elternwillens die Notwendigkeit der Nichtgefährdung des ordentlichen Schulbetriebes gelten.

Annahme der Zollvorlage durch den Reichsrat

Der Reichsrat nahm am Donnerstagabend die vom Reichstag verabschiedete Zollvorlage an. Preußen ließ erklären, daß es an seinem ablehnenden Standpunkt festhalte und nur deshalb von einem Einspruch absehe, weil es einen solchen nicht für aussichtsreich halte und im Falle einer Annahme des Einspruchs die höheren autonomen Zollfälle in Kraft treten würden. Der Einspruch gegen die Erhöhung des Zuderzolls wurde mit 42 gegen 26 Stimmen abgelehnt, wobei u. a. für den Einspruch auch das preussische Staatsministerium, sowie die Provinzen Berlin, Grenzmark und Sachsen und die Staaten Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Lippe, Lübeck und Waldeck stimmten.

Weiter stimmte der Reichsrat dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu. Bemerkenswert ist eine Novelle zum Festsetzungsgesetz, die das gesamte Funktionwesen in der ordentlichen Gesetzgebung betreffen will und dahin geht, die Errichtung und den Betrieb von Funktionstellen von der behördlichen Genehmigung abhängig bleiben zu lassen, im übrigen aber das Funktionwesen, soweit es der Verbreitung kultureller Güter dient, möglichst des staatlichen Einflusses zu entleiden.

Ferner wurde angenommen der Entwurf eines deutschen Auslieferungsgesetzes. Eine Auslieferung soll künftig nur noch nach vorheriger Anhörung des zuständigen Oberlandesgerichts erfolgen.

Außerhalb der Tagesordnung kam es dann zu einem offenen Zusammenstoß zwischen Preußen und dem Reich. Reichsinnenminister von Reubell wandte sich in einer längeren formulierten Erklärung gegen Ausführungen, die der preussische Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Babi im Reichstagesauschuß des Reichstages gemacht hatte und in denen der Reichsregierung Verschleppung der Regelung des Verfassungsfestsetzungsvorganges vorgeworfen worden sei. Namens der Reichsregierung legte Minister von Reubell entschiedene Verwahrung gegen die Darlegungen Babis ein, wonach es eines „mehrfachen Druckes“ auf die Reichsregierung und einer Drohung mit den Befugnissen der Geschäftsordnung bedürftig haben soll, um die Feiertagsfrage zu regeln. Tatsächlich aber habe die Verabschiedung der Plenarentscheidung des Reichsrats vom 30. Juni auf den 7. Juli außerhalb der Einwirkung durch das Reich gelegen.

Die Internationale Arbeitskonferenz hatte, wie aus Genf gemeldet wird, sich in ihrer letzten Session auch mit einem von deutscher Seite gemachten Vorschlag befaßt, der die Ausarbeitung eines authentischen Textes in deutscher Sprache für die Konventionenentwürfe und die Empfehlungen der Konferenz verlangte. — Wie bekannt, hat die Arbeitskonferenz in ihrer Sitzung vom 8. Juni 1927 beschlossen, ihrem Reglement eine Bestimmung anzufügen, die den Staaten, welche nicht die beiden offiziellen Sprachen englisch und französisch in ihrer Gesetzgebung verwenden, alle praktischen Erleichterungen gewährt, die für die Anwendung der internationalen Arbeitsgesetzgebung nützlich ist. Der Generalsekretär des Arbeiterbundes hat jetzt dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Konferenz mitgeteilt, daß er von diesem Amendement des Reglements Kenntnis genommen habe und bereit sei, die offiziellen Übersetzungen der Konventionentwürfe und Empfehlungen der Konferenz, die den Bestimmungen der Amendements entsprechen, zur Disponierung entgegenzunehmen.

Günstigere Stimmung bei der Marinekonferenz? Wie WTB aus Genf gemeldet wird, sollen die von den Führern der britischen und amerikanischen Delegationen an der Marinekonferenz in den letzten Tagen unternommenen Bemühungen dazu geführt haben, daß in der Frage der Besprechung des Baues von Kreuzern eine gewisse Annäherung der Auffassung der beiden größten Seemächte zustande gekommen ist.

Dr. Schacht über die Finanzbesprechungen in Amerika

Vor seiner Abreise aus New York empfing Dr. Schacht Vertreter der deutschen Presse im Generalkonsulat. Er betonte, daß die Konferenz eine Gepflogenheit bei den Leitern der großen Notenbanken geworden sei, um alljährlich gemeinsame Interessensfragen zu besprechen. Politische Fragen seien nicht erörtert worden, insbesondere nicht die Reparationsfrage oder die Frage der Stabilisierung des französischen Franken. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage der Goldverschiffungen. Irigendwelche Vereinbarungen seien nicht getroffen worden, doch sei anzunehmen, daß künftig namentlich bei plötzlichen Golddispositionen eine größere internationale Verständigung herbeigeführt werden würde. Eingehend sei die Frage der Kaufkraft des Goldes und das Problem der Diskontierung erörtert worden. Dr. Schacht hat, die Gesamtarbeit der Notenbanken nicht als politische Aktion, sondern als erfreulichen Beweis internationaler Zusammenarbeit zu werten. Er erklärte: „Ich habe nichts gewollt, habe mit keiner Bank über Anleihen verhandelt oder gesprochen, habe jedoch festgestellt, daß man Deutschland großes Vertrauen entgegenbringt.“

Aber Dawesplan und Eisenbahnbonds sei nicht gesprochen worden. Er vertrete persönlich nur die Ansicht, daß der Dawesplan alle Möglichkeiten in sich schließe. Es sei deshalb unrichtig, von einer Revision zu reden. In Frage komme zu gegebener Zeit eine Ausfüllung der noch offenen Punkte, namentlich die endgültige Entscheidung über Transfer und die Feststellung der Höhe der Gesamtzahlungen.

Der Güterverkehr der deutschen Reichsbahn

Der Güterverkehr der deutschen Reichsbahn hielt sich im Juni fast auf der Höhe des Vormonats. Der geringe Rückgang ist auf die Feiertage des Monats zurückzuführen. Der Kohlenverkehr war geringer als im Vormonat. Der Versand an Kali nahm um fast 70 Proz. infolge vermehrten Absatzes ins Ausland, besonders Holland und Amerika, zu. An Wagen wurden 18 Proz. mehr gestellt. Der Personenverkehr war im allgemeinen recht hoch infolge der Pfingstfeiertage und infolge des beginnenden Sommerreiseverkehrs. Der Ausflugsverkehr war dagegen wegen der ungünstigen Witterung schwach. An Feriensonderzügen sind 9288 mehr gestellt als im Vorjahr. — Der Betrieb zeigte im Mai folgenden Bild: Die Einnahmen betrugen 412,1 Millionen, davon 111,1 Millionen aus dem Personen- und Gepäckverkehr, 270,8 Millionen aus dem Güterverkehr und 30,1 Millionen aus den sonstigen Einnahmen. Für Betrieb und Unterhaltung wurden 255,3 Millionen verausgabt, persönliche Ausgaben 64,1 Millionen, sächliche Ausgaben 92,2 Millionen, Erneuerung der Reichseisenbahnanlagen 87,4 Millionen, im Dienst der Reparationsarbeiten 45,2 Millionen, für die gesetzliche Ausgleichsridlage 8,2 Millionen, für die Verzinsungsbilanz 6,1 Millionen. Zum Ausgleich der Mindereinnahmen infolge Schwantung im Verkehr wurden 8,9 Millionen Reichsmark zurückgestellt. Für werbende Anlagen wurden 86,7 Millionen Reichsmark aufgewendet. Das Personal erfuhr eine Erhöhung um rund 14 000 auf 715 927 Köpfe.

Das Handwerk und die Reichsrahmengesetze. Die westdeutschen Handwerkskammern befaßten sich vor kurzem in einer in Kassel abgehaltenen Tagung mit den als Entwurf ausgearbeiteten neuen Steuerentwürfen. In einer Entschließung wird der Gedanke, ein einheitliches Realsteuerrecht für das gesamte Reichsgebiet zu schaffen, lebhaft begrüßt. Wenn auch an sich die Berechtigung der Gewerbesteuer zu bezweifeln sei, so lasse der westdeutsche Kammertag doch keinen Zweifel darüber, daß der Entwurf des Gewerbesteuerrahmengesetzes die Forderungen der Wirtschaft nicht erfülle. Vielmehr müsse die Gewerbesteuer in eine allgemeine Berufssteuer umgewandelt werden. Denn nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern jeder, der einen Beruf ausübt, genieße den öffentlichen Schutz. Die Belastung nur der Gewerbetreibenden mit einer Sondersteuer sei eine Ungerechtigkeit. Der Kammertag ist mit der Übertragung der Realsteuerveranlagung auf die Finanzämter einverstanden, die Verwaltung und Einziehung der Steuer müsse aber den Gemeinden überlassen bleiben. Dringend notwendig sei, die Berufsvertretungen in das Veranlagungs- und Verwaltungsgeschäft (Steuerzuschüsse) einzuschalten.

Zur Regierungsbildung in Schwerin. Nachdem die Verjüngung der sozialdemokratischen Fraktion, die Regierung auf Grund des Wahlergebnisses zu bilden, infolge der ablehnenden Haltung der Fraktion für Handwerk und Gewerbe zu keinem Ziele geführt hatte, wurde seitens der deutschnationalen Fraktion mit den Fraktionen der Handwerker, der Volkspartei und der Demokraten verhandelt mit dem Erfolg, daß es nach langen Verhandlungen nunmehr gelungen ist, die neue Regierung mit den beiden bisherigen Ministern Dr. Ostfahl und Schwaab zu bilden. Der neue Landtag wird vom Staatsministerium für den 26. Juli einberufen werden, um die Präsidentschaftswahl und die Bestätigung der beiden Minister zu vollziehen.

Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler

Am 13. Juli feierte die gesamte katholische Welt Deutschlands den 50. Todestag des großen Mainzer Bischofs Wilhelm Emanuel von Ketteler. Auch die badische Zentrums- und sozialistische Presse zahlreich Gedenkartikel. Einer der bemerkenswertesten ist der aus der Feder des Prälaten Dr. Schäfer. Wir geben ihn in folgendem in seinen Hauptteilen wieder:

„Die badischen Katholiken haben viel Grund, mit dankbarem Herzen des Mainzer Bischofs Wilhelm Emanuel von Ketteler zu gedenken. Heute vor 50 Jahren hat der ausgezeichnete Führer der deutschen Katholiken für dieses Leben die Augen geschlossen. Sein gewaltiges Tagewerk war vollbracht, der Feierabend gekommen. Ein guter Teil der Lebensarbeit dieses merkwürdigen Bischofs lag in unserer Erziehung, wiewohl die damalige badische Regierung es stets zu verhindern gewußt hat, daß Ketteler unser Oberhirte wurde. So war er doch der beste Berater des Erzbischofs Hermann von Baur und des Dulderbischofs Lothar von Küssel. Es wird wenige katholische Orte im Lande geben, an denen Ketteler nicht gefirmt hätte. Die Feste der Erziehung fanden ihn auf der Kanzel und am Altar unter dem Volke. Das katholische Volk aber sah zu ihm auf, wie die Israeliten des Alten Testaments zu ihrem Propheten aufblickten. Heute noch kann man das rauchgeschwärzte Bild Kettelers in Schwarzwaldbüchern finden und darunter den Großvater vom Bischof Ketteler mit Ergreiflichkeit erzählen hören.“

Bischof Wilhelm Emanuel schätzte aber auch das katholische Volk unserer badischen Heimat. So schrieb er im Oktober 1867 an seine Schwester: „Auf dem Schwarzwald habe ich wieder, wie immer, große Freude gehabt. Ich kann nicht sagen, wie ich die Gegend und das Volk liebe und ich lehre immer mit einem gewissen Enthusiasmus von dort zurück.“ Man nennt Bischof Emanuel den „sozialen Bischof“. Der erste, welcher die soziale Frage in einem deutschen Parlament in großer Rede und mit weiterschauendem Blick behandelte, das bleibt Ritter von Ruy. Es war am 26. April 1867, als

dieser prächtige Führer der badischen Katholiken in der Zweiten Kammer zu Karlsruhe die unergiebige Rede hielt. Im gleichen Geist hat Ketteler 1848 im Dom zu Mainz seine berühmten sozialen Predigten vor vielen Tausenden von Katholiken aller Stände gehalten; als Bischof von Mainz hat er so manche Prosjahre für den christlich-sozialen Gedanken geschrieben, die berühmte Arbeitertagung auf die Liebfrauenhöhe am 26. Juli 1869 einberufen. Die Sorge des Bischofs um die soziale Frage quoll zunächst aus seinem edlen Seelensorgereichen, dann aber aus der Liebe zu unserm Volk und Vaterland. Ketteler war nämlich ein echter Volksmann und glühender Patriot.

Sein soziales Beispiel hat Schule gemacht. Was das Zentrum im Reichstag erstrebte und auch weiterhin erreichte, floß der Gedankenwelt nach aus dem Geiste Kettelers. Dr. Döbe, der spätere Führer in der katholischen Sozialpolitik, betonte einst im Reichstag, und zwar im Hinblick auf Ketteler: „Wir werden immer auf diese große katholische Sozialpolitik zurückkommen; wir werden immer Ketteler als denjenigen bezeichnen, dem wir unser soziales Programm verdanken; wir werden auf dem weiterbauen, wozu er den Grund gelegt hat.“ So begreift man es wohl, daß gerade die katholische Arbeiterkammer in den Kettelerfeiern unter den Vordereisten steht.

Ähnlich wie in der sozialen Frage, ist der große Bischof von Mainz heute noch eine Autorität in der christlichen Staatslehre. Aus ihr erwuchs der Geist des Zentrums, der nicht zuletzt auch Richtung gab, als die schweren Tage der Umwälzung der Partei ungeahnte Aufgaben stellte.“

Todesfall. Aus Wien ist die Nachricht eingetroffen, daß dort praktischer Arzt Dr. Josef Krups, der Vater des Generalmusikdirektors am Bad. Landestheater, nach schwerer Krankheit verschieden ist. Der Herr Minister des Kultus und Unterrichts hat Herrn Generalmusikdirektor Krups das aufrichtige Beileid des Verwaltungsrats des Landestheaters ausgesprochen.

Vom Deutschtum in der Dobrußscha

Das Deutschtum der Dobrußscha nimmt in den letzten Jahren eine gute Entwicklung. Vor dem Krieg wenig gekannt und wenig beachtet, erlebte diese Teilschen, die in geringer Zahl — es sind bloß 8 000—10 000 Seelen — mitten in der durchaus orientalischen Umwelt der Dobrußscha in ihren schmuden und reinlichen Dörfern wohnen, den Weltkrieg in unmittelbarer Anschauung. Ihre Heimat wurde zum Kriegsschauplatz und das war mit allen Schrecken des Krieges verbunden, brachte sie aber durch die deutsche Besetzung in unmittelbare Berührung mit dem großen deutschen Muttervolk. Auf dieses Erlebnis folgte die schwere Nachkriegszeit, von deren Folgen sich das Deutschtum der Dobrußscha nur allmählich zu erholen begann, wobei man aber seit den ersten tappenden Versuchen eine erfreuliche Auf- und Vorwärtseentwicklung feststellen kann.

So wurde noch im vergangenen Jahr der Verband der Deutschen in der Dobrußscha als eine alle Deutschen umfassende wirtschaftliche, kulturelle und politische Organisation mit der Aufgabe geschaffen, allmählich alle Arbeitsgebiete, die sonst von den zahlreichen Vereinen der anderen Siedlungsgebiete bearbeitet werden, in Angriff zu nehmen. Nachdem das Deutschtum der Dobrußscha getüftelt auf diesen Verband schon gelegentlich der allgemeinen Wahlen im Jahre 1926 zum erstenmal als geschlossener deutscher Volkskörper in Erscheinung getreten war, sind auch für die gegenwärtig bevorstehenden Wahlen durch diesen Verband — die Verbandsleitung tagte am 20. der Volksrat am 27. Mai in Constanza — die entsprechenden Schritte eingeleitet worden, um die Gemeinbürgerschaft aller Deutschen in Rumänien zu wahren und auch den örtlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, so daß man sagen kann, daß dieser Verband trotz vieler Widerstände und Rückschläge immer mehr zu der eigentlich tragenden Organisation des Deutschtums der Dobrußscha wird.

Eine schwere Sorge bereitet die Frage der deutschen Schule. Wohl waren gelegentlich der Wahlen im vergangenen Jahr im Wahlpaß deutsche staatliche Volksschulen verprochen worden. Wie so manch andere Versprechen wurde aber auch dieses niemals eingelöst, so daß nach anderen Mitteln und Wegen gesucht werden mußte. Was allerdings fehlt, ist beinahe alles: eigene Schulhäuser, die Ermächtigung für konfessionelle Schulen, fachlich vorgebildete Lehrer und die nötigen Mittel, dies alles zu erhalten. Aber ein Erfolg verheißender Anfang zeigt sich trotz aller Schwierigkeiten auch auf diesem Gebiet. Die evangelisch-deutsche Schule von Cobadin ist gegenwärtig durch den Opfergeist der Gemeinde soweit hergestellt, daß mit dem Beginn des nächsten Schuljahres in einer Klasse der Unterricht wird aufgenommen werden können.

In ähnlicher Weise zeigt sich das erwachende deutsche Leben der Dobrußscha auch auf anderen Gebieten. Das evangelische Diakonissenhaus „Gottes Segen“ in Constanza, das erst vor einem Jahr den Betrieb eines Sanatoriums mit zwei deutschen Ärzten und fünf Diakonissen zunächst in einem kleinen Gebäude aufgenommen hatte, erfreut sich steigenden Ansehens und ist im Begriff, ein kraftvoller Mittelpunkt deutsch-evangelischen Lebens zu werden. Ein Erweiterungsbau mit entsprechenden Krankenzimmern, Operationen- und Verbandszimmern und einer Reihe von modern ausgestatteten Krankenzimmern ist der Vollendung nahe und wird noch in diesem Sommer dem Gebrauch übergeben werden können.

Auf gesellschaftlichem Gebiete hat der Deutsche Jugendverein in Constanza, eine Gründung der letzten drei Jahre, aus dem Ertrage mehrerer Veranstaltungen und durch das Entgegenkommen der Kirchengemeinde in der Aula der Deutschen Schule von Constanza für sich und alle deutschen Bewohner der Stadt ein Gesellschafts- und Lesezimmer eingerichtet, so daß dadurch die deutschen Volksgenossen leichter gesammelt und miteinander in Fühlung gebracht werden können.

Hilfsleistung der Technischen Nothilfe anlässlich der Unwetterkatastrophe in Sachsen. Bereits am Vormittag des 9. Juli gelangten die ersten Notshelfertruppen der Technischen Nothilfe zum Einsatz. Insbesondere war die Ortsgruppe Dresden beteiligt. Die Gesamtzahl der bis zum 11. Juli eingesetzten Notshelfer, die an der weiten L. W.-Armbinde erkennlich sind, belief sich auf über 600, welche Zahl sich bis Dienstag mittag auf über 1000 Mitglieder der Technischen Nothilfe steigerte. Dabei sind die für die Hilfsleistung in Fällen höherer Gewalt aufgestellten Vereinstrupps der Technischen Nothilfe, die von sich aus in Tätigkeit getreten sind, nicht mitgerechnet. Hauptächlich sind die mit den der Technischen Nothilfe zur Verfügung stehenden Arbeitsgeräten ausgerüsteten Notshelfer zur Bergung von Leuten, Rettung von Mobiliar, Abtransport von totem Vieh, zum Auspumpen, Ausschäumen und Abtünchen von Häusern, sowie zum Freilegen von Straßen und Errichten von Notbrücken eingesetzt. Die Tätigkeit, die in reibungsloser Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, wie Reichsbanner und Motor Frontkämpferbund durchgeführt wird, dauert ununterbrochen an.

Fortgang des Antikerprozesses. Im Antikerprozeß beantragte der Verteidiger des verstorbenen Hauptangeklagten Jwan Antiker im Hinblick auf den Tod Antikers die Einstellung des Gerichtsverfahrens. Der Staatsanwalt schloß sich diesem Antrage an. Der Vorsitzende teilte nach Beratung des Gerichtshofes mit, daß jegliche gerichtliche Maßnahmen gegen einen Verstorbenen unzulässig sei. Es sei infolgedessen keine Einstellung des Verfahrens erforderlich. Das erste Urteil sei nie rechtskräftig geworden, es seien also auch keine Folgerungen möglich. Die Strafe für Alexander Antiker wird von sechs Monaten auf vier Monate herabgesetzt. Auch für die anderen Mitangeklagten werden die Strafen zum Teil herabgesetzt. Bei einigen Angeklagten erfolgt Freisprechung. Wie verlautet, werden sowohl Alexander Antiker wie die Kaufleute Blei und Greba trotz der Milderung ihrer Strafe gegen das Urteil der Berufungsinstanz beim Reichsgericht Revision einlegen.

Diktator Biludski. Am Donnerstagabend erwichen der Sekretär Biludski, ein Leutnant, beim Sejmarschall und überreichte ihm ein schriftliches Dekret, wonach auch der Sejm geschlossen wird. Der Sejm hatte, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, während der dreimonatigen Sitzung eine Anzahl von Gesetzen angenommen, die sich direkt gegen Biludski richteten, so das Gesetz, das dem Sejm das Recht gibt, sich selbst aufzulösen, statt dies allein dem von Biludski völlig abhängigen Staatspräsidenten zu überlassen. Dann hat die Sejmkommission einstimmig die die Pressefreiheit tödenden Pressebesetze Biludskis abgelehnt, und diese Ablehnung sollte am Freitag vom Sejm bestätigt werden. Biludski hat auch die Schließung des Senats beziehungsweise gerade in dem Augenblick durch den Innenminister, General Eladowski, bornehmen lassen, als ein Senator das Gesetz über das Selbstauflösungsrecht des Sejms erörtern wollte. Unter den Senatsmitgliedern macht sich eine Bewegung geltend, die die Einberufung einer neuen außerordentlichen parlamentarischen Sitzung von der Regierung fordern will. Was nun geschehen wird, ist völlig unklar, zumal niemand weiß, ob die Regierung Biludski so selbständig durch präsidiale Verfügung eine neue Wahlordnung schaffen wird, man weiß auch nicht, welche Absichten Biludski in dieser Hinsicht hat, da bei den Gemeindevahlen trotz aller angewandten Kunstgriffe die Anhänger Biludskis schwer in ihren Erwartungen getäuscht wurden.

Kurze Nachrichten

Das Reichsministerium hat das Liquidationsgesetz verabschiedet und dem Reichsrat zur Weiterbehandlung überwiesen. Nach der „Germania“ ist es Dr. Köhler gelungen, wesentliche Verbesserungen durchzusetzen, u. a. soll die Gesamtsumme zugunsten aller Gruppen der Beteiligten nicht unbedeutend erhöht worden sein.

Die belgische Antwort auf den Schritt Deutschlands. Der Minister des Äußern, Vandervelde, übergab dem deutschen Gesandten von Keller die Antwort des belgischen Kriegsministers mit den von der Reichsregierung verlangten näheren Angaben in bezug auf seine in der letzten Woche im Senat abgegebenen Erklärungen. Die überreichte Antwort, die ein diplomatisches Schriftstück darstellt, kann nach diplomatischem Brauch nicht ohne die Zustimmung der Reichsregierung veröffentlicht werden.

Der Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Die Vereinbarung vom 30. Juni betr. die Verlängerung der Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbezirk tritt nach einer zwischen der deutschen und der französischen Regierung getroffenen Abmachung am 15. Juli in Kraft.

Badischer Teil

Badischer Landtag

43. Sitzung

Dr. Karlsruhe, 14. Juli 1927.

Der Präsident gibt zu Beginn der Nachmittags-Sitzung ein Dankschreiben des sächsischen Landtagspräsidenten für die Anteilnahme Badens an dem Umwetterungslid in Sachsen bekannt.

In der dann fortgesetzten

Aussprache über den Nachtragsetat des Innenministeriums vertritt

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) die Auffassung, daß die Aussichten für die Siedler im Osten doch nicht so glänzend sein werden wie es heute früh dargestellt worden sei. Man wisse nicht, wie sich die Zukunft der Siedlerbetriebe gestalten wird. Da sich immerhin Erwerbsmöglichkeiten eröffnen, werde die volksparteiliche Fraktion die Siedlungssache unterstützen.

Abg. Sed (Ztr.) glaubt, daß für den badischen Jungbauern die Siedlung im Osten kaum in Frage komme, da ihm das nötige Kapital fehle. Gleichwohl sei es zu begrüßen, daß die badische Regierung die Siedlungssache so großes Interesse entgegenbringe. Mehr als bisher sollte auch die Innenkolonisation unterstützt werden.

Damit ist die Siedlungsdebatte beendet.

Abg. Kühn (Ztr.) und Maier-Heidelberg (Soz.) verwenden sich für die hochwassergefährdeten Gemeinden wegen Steuererleichterung.

Der Präsident stellt unter lebhafter Zustimmung fest, daß mit diesen Wünschen wohl alle Parteien einig gehen.

Abg. Kehlener (Komm.) spricht sich für empfehlende Überweisung des Gesuches der Berufsmuster aus, die sich über Konkurrenz der Polizeimuster beklagen.

Abg. Hertle (Bürg. Vgg.) unterstützt das Verlangen des Abg. Kühn nach Bewilligung weiterer Mittel zugunsten der von Umwetter betroffenen Gemeinden.

Ein Reihe von Positionen wird bewilligt, darunter der Betrag von 100.000 M zur Bänderung der im Sommer 1926 entstandenen Umwetterungsschäden. Hierzu wird mit Mehrheit ein kommunikativer Antrag auf Entgegenkommen für die petitionierenden Gemeinden angenommen, die bisher keine Entschädigung erhalten haben.

Auch die restlichen Anforderungen werden genehmigt, ebenso der Etat der Wohnungsfürsorge.

Die vorliegenden Eingaben werden im Sinne des Ausschussantrages erledigt und die Denkschrift über die Offisierung zur Kenntnis genommen.

Es folgt der Bericht des

Abg. Nüderl (Soz.) über Hauptabteilung V — Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Der Ausschuss beantragt Genehmigung des Nachtrags, ferner die Erhöhung der Anforderung zur Förderung der Jugendpflege um jährlich 12.000 M, ebenso eine weitere Beihilfe von 12.000 M an die Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung.

Der Verein Badischer Handelslehrer, Freiburg i. Br., hatte um die Schaffung von Handelslehrerstellen nachgesucht. Auf Grund der Zusage der Regierung soll die Eingabe für erledigt erklärt werden. Gesuche von Frauenorganisationen um Einführung des 9. Schuljahres für die volksschulpflichtigen Mädchen will der Ausschuss zur Kenntnisnahme, Eingaben des N. Deutschen Turnkreises (Baden) und des Badischen Landesauschusses für Selbstübungen und Jugendpflege betr. Förderung der Jugendpflege in dem Sinne der Regierung empfehlend überweisen, daß sie prüfe, ob im nächsten Hauptvoranschlag größere Mittel wie bisher eingestellt werden können.

Abg. Bod (Komm.) begründet eine förmliche Anfrage betr. die Abgabe von Mensa-Freischularten an unbemittelte Studenten der Universität Heidelberg.

Unterrichtsminister Leers erklärt in seiner Antwort: Die soziale Fürsorge für die deutschen Studenten liegt in der Hand der Wirtschaftshilfe der deutschen Studenten, die eine tatkräftige Förderung durch das Reich erfährt und sich bemüht. Die örtliche Fürsorge, so auch in Heidelberg, ist ein Glied der Wirtschaftshilfe und obliegt dem Verein der Studentenhilfe. Die Mensa-Kommission konnte bislang aus kleinen Überschüssen und freiwilligen Spenden Freistühle gewährleisten. Im laufenden Sommersemester stehen dafür Mittel nicht zur Verfügung, weil bei den hohen Nahrungsmittelpreisen und dem Mensapreis von nur 50 Pf. nichts erwirtschaftet werden kann, die freiwilligen Spenden aber zur Verbesserung der Kost dienen sollen. Das Unterrichtsministerium hat indessen den Verein Studentenhilfe durch einen erhöhten Zuschuß in die Lage versetzt, die Zahl der Freistühle zu vermindern. Eine Erhöhung der entsprechenden Mittel ist auch für den Staatsvoranschlag 1928/29 in Aussicht genommen. Durch eine erhebliche Zuwendung des Reiches in den letzten Tagen konnten wir den Betrag von 8300 M überweisen, wovon die Hälfte für Freistühle, die andere Hälfte für Verbesserung der Kost Verwendung finden soll. Die sonstigen Ausführungen des Abg. Bod sollen eine Anregung sein, die Verhältnisse der Studenten zu prüfen. Unbemittelten Studenten das Studium zu ermöglichen und zu erleichtern, dazu bin ich gerne bereit. Ich kann aber nicht zugeben, daß es ganz so steht, wie es der Abg. Bod dargestellt hat, auch nicht hinsichtlich der Gebühren. Wenn sich die Betreffenden an uns wenden, so werden, wie bisher, auch künftige Mittel gesucht und gefunden, um Erleichterungen zu schaffen.

Die Anträge des Ausschusses und damit die Nachtragsforderungen zum Unterrichtsstat finden sämtlich ohne weitere Debatte Zustimmung. Bemerkenswert ist die Position von 26.000 M zur Errichtung eines Instituts für gerichtliche

Medizin in Heidelberg. Für den Neubau der Kliniken in Freiburg ist eine zweite Bauserie von 400.000 M eingestellt.

Die Beratung wendet sich dann der Hauptabteilung VII — Finanzministerium — zu, worüber die Abg. Seubert (Ztr.) und Dr. Mattes (D. Vpt.) berichten.

Der Ausschuss beantragt Genehmigung mit einigen Änderungen. Man rechnet mit einem jährlichen Steuerertrag aus Grund- und Betriebsvermögen und Gewerbeertrag von 33.850.000 M, das ist gegenüber dem Hauptvoranschlag eine Mehreinnahme von 3.850.000 M. Unter Berücksichtigung des Nachtrages ergibt sich nunmehr für beide Jahre ein Fehlbetrag von 908.740 M gegen 711.700 M nach dem Finanzgesetz vom 5. August 1926. Die Regierungsdienstschrift über die Entwicklung des badischen Straßenbauprogramms und den Bezug der Gemeinden zu den Strafenkosten soll zur Kenntnis genommen, die Eingabe des Verbandes badischer Gemeinden betr. den Bezug der Gemeinden zum Aufwand der Land- und Kreisstraßen der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden. Weiter stellt der Haushaltsausschuss den Antrag, die Regierung zu ersuchen, denjenigen Gemeinden, für welche die Strafenkostenbeiträge eine schwer zu tragende Last bedeuten, möglichst Stundung zu gewähren.

Abg. Egger (Ztr.) berichtet über die Anträge und Gesuche zur Grund- und Gewerbesteuer. Er beantragt die Festsetzung des steuerfreien Gewerbeertrages auf 2500 M (statt 1500 M) und die Erhebung von 280 Hundertteilen als Steuer vom Betriebsvermögen.

Durch diese Beschlußfassung wären die Anträge Dr. Baumgartner (Ztr.) und Dr. Mattes (D. Vpt.) erledigt. Das Gesuch des Industrie- und Handelsvereins Mannheim betr. die Festsetzung der Einheitswerte soll der Regierung empfehlend überwiesen werden. Die sonstigen Eingaben zur Steuererhebung will man der Regierung zur Kenntnisnahme unterbreiten bzw. für erledigt erklären. Einige Anträge sollen abgelehnt und dem Initiativgesetzentwurf der Regierungsparteien, der die eben erwähnten beiden Änderungen enthält, zugestimmt werden.

Weiterberatung Freitag 9 Uhr.

Schluss 1/8 Uhr.

44. Sitzung

Dr. Karlsruhe, 15. Juli 1927.

Das Haus tritt sofort in die Aussprache über den

Nachtrag zum Finanzministerium

ein. Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) führt aus, bei einem Blick in das Nachtragsbudget falle auf, in welcher hohen Maße die Ausgaben bedingt seien durch die Reichsbestimmungen. Das rechtferliche aber nicht, daß auf dem Gebiete der Steuerentlastung gar nichts geschieht. Es sei Pflicht, die freien Ausgaben besonders nachzuprüfen. Man werde sich künftig stärker auf das gesetzlich Notwendige beschränken müssen. So dürfte z. B. der allgemeine Fonds von 100.000 M zu keiner ständigen Einrichtung werden. Denken wir an die kommenden großen finanzpolitischen Aufgaben. Der Redner behauptet die bisherige Erfolglosigkeit der Steuerentlastung und fordert eine Reform der Realsteuerverordnung. Eine 10 prozentige Senkung der Realsteuern hält der Redner für durchaus möglich, da wir u. a. im Walde und in der Einkommensbesteuerung bedeutende Reserven hätten. Sie solle in erster Linie dem Gewerbe zugutekommen. In einer förmlichen Anfrage verlangt die volksparteiliche Fraktion Einführung einer Höchstbelastungsgrenze für die Realsteuern. Weiter beantragt sie, die Regierung zu ersuchen, gegenüber der Reichsregierung und im Reichsrat für ein Steuervereinfachungsgesetz einzutreten. Der Interpellant rednet aus, daß Baden in bezug auf die Realbesteuerung weit über dem Reichsdurchschnitt stehe.

Finanzminister Dr. Schmitt:

Der Abg. Dr. Mattes hat davon gesprochen, daß wir uns künftig in den Ausgaben auf das gesetzlich Notwendige beschränken sollen. Wollen Sie wirklich haben, daß wir neue kulturelle Bedürfnisse unberücksichtigt lassen? Die hier aufgestellte Theorie scheidet an der Notwendigkeit des täglichen Lebens.

Ich habe nie eine Senkung der Steuern versprochen, sondern mich lediglich der Mehrheit gefügt.

Wie steht es mit den stillen Reserven?

Der Abg. Dr. Mattes hat auf das Holz verwiesen. Soeben wird mir mitgeteilt, daß bei künftiger Beurteilung und vermehrtem Holztrieb die Forst- und Domänenverwaltung für 1927 mit einem weiteren Defizit von 444.580 M rechnet, nachdem aus dem Jahre 1926 ein solches von 262.000 M übernommen werden mußte.

Ich glaube an eine günstige Entwicklung der Wirtschaft. Das will aber vorerst nicht heißen, daß sich auch die Überweisungen mehren. Der Minister wendet sich dann der förmlichen Anfrage selbst zu. Er tut dies in einer bestimmten Formulierung, die darin gipfelt:

Einer reichsgerichtlichen Festlegung der Höchstbelastungsgrenze für die letzte bewegliche Landessteuer würden wir uns mit allem Nachdruck widersetzen (Rechtliche Zustimmung bei der Mehrheit). Es ist jetzt nicht möglich, alle mit dem Finanzausgleich zusammenhängenden Probleme zu erörtern, auch angesichts des Umfanges, daß sie in absehbarer Zeit doch beim endgültigen Finanzausgleich behandelt werden müssen. Der Minister tritt dann in ausführlichen Darlegungen der Auffassung des Vorredners entgegen, als ob eine Erhöhung der Vermögenssteuer, sowie der Grund- und Gewerbesteuer erfolgt sei. Nur die Gebäudesteuer wurde im Gefolge der Mieterhöhung gering erhöht. Ich habe im Ausschuss keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die Freigrenze von 2500 M beim Gewerbeertrag nicht beschließen können, ohne einen Fehlbetrag hinnehmen zu müssen. Der Ausfall beträgt für 1927 1,2 Millionen, er vermindert sich allerdings durch die Erhöhung der Steuer vom Betriebsvermögen auf 700.000 M. Der Minister kommt zu dem Schluss: Wir lehnen eine reichsgerichtliche Höchstbelastungsgrenze für die Realsteuern als einen Eingriff in die Steuerhoheit der Länder und gegen die Verfassung verstoßend auf das Bestimmteste ab und sagen: Keine Ausgabe ohne Notwendigkeit und Deduktion. An diesen Grundförmlichkeiten werden wir weiter festhalten (Beifall bei der Mehrheit).

Abg. Dr. Glodner (Dem.) führt aus, seine Fraktion werde sich bezüglich der Denkschrift über das Straßenauprogramm der Stimme enthalten. Eine Änderung des Straßengesetzes sei notwendig. Der Änderung der Grund- und Gewerbesteuer hätten die Demokraten seiner Zeit die Zustimmung verweigert, weil sie die Unterlegen nicht für ausreichend hielten. Die inzwischen erfolgte Veranlagung habe dieser Stellungnahme Recht gegeben. Der Redner erklärt dann seine Zustimmung zum Kompromiß (Freigrenze von 2500 M beim Gewerbeertrag und Erhebung von 280 Hundertteilen vom Betriebsvermögen). Die Entlastung des Gewerbes sei zu begrüßen. Man stimme auch dem Antrage zu, der für die Autostraße Mannheim-Heidelberg die Erhebung von Gebühren verlangt. Der Antrag Dr. Mattes betr. ein Steuervereinfachungsgesetz werde, weil unklar, abgelehnt. Der Redner fährt fort: Bei den freien Ausgaben stehen im Vordergrund jene für die Hochschulen. Sollen etwa diese Summen eingeschränkt werden? Der Dispositionsfonds von 100.000 M ist doch eine Kleinigkeit. Nach einem Belenntnis

zum dezentralisierten Einheitsstaat, der auch den Ländern gerecht wird, erklärt Abg. Dr. Glodner zum Schlusse sein Einverständnis mit den Ausführungen des Ministers über die Höchstbelastungsgrenze.

Abg. Bod (Komm.) bekämpft die nach seiner Auffassung beifreundliche Zoll- und Steuerpolitik. Er lehnt auch die Ausschlußbeschlüsse ab, da hierdurch dem kleinen Manne keineswegs geholfen werde, ebenso den Antrag der Regierungsparteien, der es den Gemeinden freistellt, die Gemeindesteuern erst vom 1. April d. J. an nach den Bestimmungen des abgeänderten Grund- und Gewerbesteuergesetzes zu erheben.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.): Auch wir sind für sparsame Wirtschaft und haben es praktisch bewiesen. Die Praxis im Reichsstat hinsichtlich der Fonds möchten wir in keiner Weise auf Baden übertragen wissen. Aus dem staatsmin. Fonds von 100.000 M konnte in vielen Fällen rasch geholfen werden. Zum Abbau besteht kein Anlaß. Wir teilen die Auffassung des Finanzministers, daß das Defizit unter keinen Umständen vergrößert werden darf. Alle Ausgaben müssen unter dem Gesichtspunkte der Notwendigkeit geprüft werden. Es ist richtig, daß bei der Grund- und Gewerbesteuer die Schätzungen nicht durchweg zugetroffen haben. Es geht aber nicht an, daß wir nach Verlauf eines Jahres die Steuer schon wieder grundförmlich ändern. Wir können ihr jetzt nur die Schätzungen nehmen. Das geschieht durch die Erhöhung der Ertragsfreigrenze auf 2500 M. Daraus müssen auch die Gemeinden die Konsequenzen ziehen. Es ist ganz am Platze, daß der Ausfall wenigstens teilweise vom Betriebsvermögen her eingeholt wird. Gegenüber den Darlegungen des Abg. Dr. Mattes teilt der Redner völlig den Standpunkt des Finanzministers. Es dürfe nie und nimmer dazu kommen, daß die Wirtschaft dem Staat ditiert. Die Länder müßten energig darauf bedacht sein, daß bei den Verhandlungen über das Reichsrahmengesetz ihre Interessen voll und ganz gewahrt werden. Die Zentrumsfraktion geht mit den Ausschlußbeschlüssen einig.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) billigt die Grundzüge der Denkschrift über den Straßenbau und wünscht, daß den beitragspflichtigen Gemeinden anders entgegengelassen wird als bisher. Im Interesse einer gerechten Verteilung sollte das gesamte Aufkommen aus der Automobilsteuer dem Staate zufallen. Der Redner bittet, zur Stärkung der Position des Finanzministers um einmütige Annahme des Antrages, wonach das Reich im Genehmigen der Gebührenerhebung für die Autostraße Mannheim-Heidelberg angegangen werden soll. Den volksparteilichen Antrag zur Realbesteuerung lehnen wir ab. In den Einkommensteuern müßte zu allererst gesenkt werden. Wir stimmen den Etatspositionen, der Ertragsfreigrenze und den Hundertsätzen zu, aber nicht dem Initiativantrag des Zentrums, der die Steuererhebung den Gemeinden freistellt. Den Gewerbeertrag jetzt fortzuführen zu wollen, wäre verfrüht.

Abg. Hermann (Bürg. Vgg.) bemerkt gegenüber dem Abg. Bod, es dürfe nicht unwidersprochen bleiben, daß überhaupt keine Lohnerhöhungen erfolgt wären. Nachdem sich ein Mehrertrag aus der Grund- und Gewerbesteuer ergeben hat, hätte man erwarten sollen, daß die Regierung eine Senkung der Hundertsätze vorschlägt. Die Verhältnisse hätten sich in der Weise verschoben, daß eine erhebliche Verminderung des Betriebsvermögens eingetreten sei. Die Bürgerl. Vereinigung habe schon voriges Jahr die Erhöhung der Freigrenze auf 2500 M verlangt, bei grundsätzlicher Zustimmung zur Ertragsbesteuerung. Für ihn, den Redner, bedeute die heutige Situation eine gewisse Genugtuung; denn als er letztes Jahr zur Grund- und Gewerbesteuer sprach, habe man ihn nicht nicht liebevoll behandelt. Die Freigrenze müsse auch für die Gemeinden Geltung erlangen. Öffentlich werde die Senkung der Realsteuern einmal Tatsache. Steuerdrückberger sei entschieden zu verurteilen. Man dürfe aber Einzelfälle nicht verallgemeinern. Die Klagen über zu hohe Belastung der Wirtschaft durch die Realsteuern seien nicht unberechtigt. Dem Antrag Dr. Mattes stimme die Bürgerl. Vereinigung zu.

Nach einer Auseinandersetzung der Abg. Dr. Föhr (Ztr.) und Hermann (Bürg. Vgg.) über die Wirkung von Anträgen der letzterer im Vorjahre gestellt hatte, und nach dem Schlußwort des Interpellanten Dr. Mattes erklärt der Präsident die Aussprache für beendet.

Da es inzwischen 1/2 Uhr geworden ist, wird die Abstimmung und Weiterberatung des Nachtragsstats auf nächsten Dienstag, nachm. 1/4 Uhr vertagt. Auf Befragen des Präsidenten erklärt sich das Haus sodann mit Mehrheit für Schließung des Landtags am kommenden Donnerstag.

Gemeinde-Rundschau

Der Kreisrat Ebrach erledigte in seiner letzten Sitzung in Anwesenheit des Landesamtsrat Geheimrat Dr. Schneider, Freiburg, eine sehr umfangreiche Tagesordnung. Zunächst wurden für die Wiederinstandsetzung der durch das Umwetter stark beschädigten Kreisstraßen, Schlachtenhaus-Weitenau und Tegernau-Marzell 5000 M bewilligt. Für die Wiesenbrücke in Wambach genehmigte der Kreis ein Viertel des Gesamtvoranschlags von 12.000 M, nachdem der Staatsbeitrag hierzu genehmigt worden ist. Bezüglich der Verbesserung der Straßen Schopfheim-Tegernau, Todtnau-Feldberg, Kandern-Marzell und Ikenfeld-Wieden soll später eine Prüfung stattfinden, da für diesen Ausbau 400.000 Reichsmark benötigt würden. Der Kreisrat beschloß ferner, für die Brandgeschädigten in Schönau einen entsprechenden Beitrag der nächsten Kreisversammlung zur Genehmigung zu empfehlen.

Aus der Landeshauptstadt

Wiener Operette im Konzerthaus. Am Samstag und Sonntag findet die zweite und dritte Aufführung des Saisonschlagers „Die Firluspringessin“, große Revue-Operette in drei Akten, von Emmerich Kallman statt. Für Dienstag wird das zweite Werk der Kallmanwoche, die hier wohlbekannte „Ezardasfürstin“ vorbereitet. Die erste Nachmittagsvorstellung fand Sonntag, 24. Juli, 3 Uhr, statt. Zur Aufführung gelangt „Gräfin Mariza“ bei stark ermäßigten Preisen.

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe. Über ganz Europa ist der Druck seit gestern weiter gestiegen, doch sind die kleinen Teiltiefs besonders auf dem Festlande noch nicht ausgeglichen, so daß auch für morgen mit Gewitterbildung zu rechnen ist. Voraussichtliche Witterung für Samstag: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Gerbolshausen, 14. Juli. Gestern nachmittags ging über dem Reichthal ein wolkenbruchartiger Regen nieder, wodurch die Weich an mehreren Stellen über die Ufer trat. Zwischen der Landstraße und der Eisenbahnlinie brach gegen Abend der Schuttdamm auf der linken Seite in einer Breite von etwa 5 Meter, so daß das dahinter liegende Wiesengelände überschwemmt wurde.

23. Söllingen bei Durlach, 10. Juli. Wie schon gemeldet, feierte am Mittwoch Postagent a. D. Karl Jilly in Söllingen seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlaß hatte sich eine stattliche Anzahl Mitglieder des Reichsadlervereins Karlsruhe, dessen Ehrenmitglied der Jubilar ist, des Kadaververeins Forstheim, sowie sonstige Bekannte und Freunde in Söllingen eingefunden. Bei der Abreise wurden dem Jubilar von verschiedenen Rednern auf die Wertschätzung Jillys im ganzen Badenlande hingewiesen. Bei einem Bankett wurde außerdem auch eine Gratulation des Reichspräsidenten verlesen, der außerdem sein Bild gesandt hat.

23. Bühl, 14. Juli. Zur heutigen feierlichen Eröffnung der Postautolinie Bühl-Sand-Haunzinsach, die seit dem 9. Juli in Betrieb ist, hatten sich neben dem Bürgermeister und dem Gemeinderat, sowie der Verkehrskommission von Bühl u. a. Oberpostdirektor Lämmlein und Postrat Pennerberger aus Karlsruhe, ferner Landrat Billmaier, Vertreter sämtlicher interessierter Kreise und der örtlichen sowie der Karlsruher Presse eingefunden. Die Gäste führen zunächst zum „Badischen Hof“, wo bei einem Frühstück Bürgermeister Dr. Grüniger in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung des Autoverkehrs für die Erschließung der Höhenregionen und für die Höhenkurorte hinwies und der Oberpostdirektion herzlichen Dank abstattete für das große Interesse, das sie für die Böhler Gegend durch die Errichtung der neuen Linie bekundet habe. Sodann ging es in herrlicher Fahrt zu dem wunderbar gelegenen Kurort Böhlerhöhe, wo das Mittagessen eingenommen wurde. Dabei hielt der Präsident der Oberpostdirektion, Lämmlein, eine Ansprache, in der er auch die volkswirtschaftliche Bedeutung der Postautoverbindungen für die Erschließung der bergigen Landschaft betonte. Geheimrat Geppert, Bühl, sprach dem Oberpostdirektor warmen Dank aus für die der Böhler Gegend bewiesene rege Anteilnahme. Darauf ging die Fahrt abwärts nach dem hübsch gelegenen Herrnhäuser, wo der Kaffee eingenommen wurde.

23. Donaueschingen, 14. Juli. Wie kürzlich berichtet wurde, hatte das badische Finanzministerium der Errichtung einer Autolinie Donaueschingen-Jollhaus-Blumberg zugestimmt, mit der Begründung, daß die Linie der Reichsbahn keine Einbuße an Einnahmen aufwiese. Daraufhin hatte die Reichsbahndirektion ihre Einwände gegen die Linie aufgegeben. Damit ist der Anfang gemacht zu der geplanten Autolinie Schweningen-Donaueschingen-Jollhaus-Blumberg-Schaffhausen. Gestern nachmittag versammelten sich nun im Rathaus Donaueschingen Vertreter der an dieser geplanten Linie liegenden Gemeinden, die übereinstimmend zum Ausdruck brachten, daß die Linie nicht in Jollhaus-Blumberg endigen würde, sondern bis nach Vargen weitergeführt werden müsse, weil von Vargen aus die Möglichkeit zur direkten Verbindung mit Schaffhausen besteht. Es liegt den interessierten Gemeinden viel daran, mit der Schweiz direkt in Verbindung zu kommen, was durch die genehmigte Strecke Donaueschingen-Jollhaus-Blumberg noch nicht erreicht wäre. Die Versammlung war übereinstimmend der Auffassung, daß bei den maßgebenden Stellen weitere Schritte zur Durchführung der Linie Schweningen-Donaueschingen bis nach Schaffhausen getan werden müßten, um auf diese Weise vorerst dem Randebahnprojekt, das seitens der Eisenbahn noch immer der Lösung harret, näherzukommen. Für die Unterbringung des Kraftwagens der Linie soll in Donaueschingen eine neue Autobahn errichtet werden, zu der das Stadtbauamt bereits Pläne ausgearbeitet hat.

23. Freiburg i. Br., 14. Juli. Vom 13. bis 23. Juli d. J. findet in London internationaler Kongreß der homöopathischen Ärzte der Welt statt. Es ist dies der erste Kongreß dieser Art seit 1911. Er steht unter dem Protektorat des Prinzen von Wales. Auf Einladung der Kongreßleitung wird auch Hofrat Professor Dr. Friedländer Freiburg, an der Tagung teilnehmen und einen Vortrag halten über die Fragen, die die Vertreter der wissenschaftlichen Medizin mit Rücksicht auf die Homöopathie stellen.

23. Freiburg i. Br., 14. Juli. Unter der Überschrift „Wendung im Himmelschlagprozeß“ schreibt die „Neue Badische Landeszeitung“ wie folgt: Durch den am 13. Juli stattgefundenen Termin ist die Beweisaufnahme im Verfahren bei der Gesellschaft beendet. Durch die eintretenden Gerichtsferien tritt leider eine außerordentliche Verzögerung des ganzen Verfahrens ein; die Gläubiger werden sich jetzt erst über eine Gläubigerversammlung nach den Gerichtsferien schlüssig werden. Es ist kaum damit zu rechnen, daß diese früher als Ende Oktober stattfindet. — In dem Prozeßverfahren der Gesellschaft gegen die Länderregierungen ist infolge einer unvorhergesehenen, für die Gesellschaft günstigen Wendung eingetreten, als durch die neuesten Auslassungen über den amtlichen bayerischen Presseschef, Oberregierungsrat Eisele, eine direkte Verbindung amtlicher Stellen mit dem allgemeinen Wohlwollen gegen die Firma erwiesen worden ist. Von den verschiedenen Regierungen, insbesondere von der bayerischen Regierung, war gerade dieser Punkt bisher völlig in Abrede gestellt worden.

23. Waldsiedlung, 14. Juli. Auch der Hohenwald wurde am Dienstag von einem Unwetter heimgesucht, das etwa eine halbe Stunde wütete und von Hagelschlag begleitet war. In Gärten lagen die Hagelkörner ungefähr zehn Zentimeter hoch. Das Wasser spritzte sich und drang in die Häuser ein, Wege und Straßen wurden aufgerissen. In Niederhof glitten die Wägel zwischen den Flüssen. Auch hier drang das Wasser in die Häuser und schwemmte einen Schweinestall fort. Ein Blitzschlag zerschmetterte einen Baum.

Konstanz, 14. Juli. Am 26. und 27. Juli werden hier die Vertreter des Weltbundes für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen ihre Jahresversammlung abhalten. Die Veranstaltungen werden im Insel-Hotel stattfinden, wo auch die etwa 50 Teilnehmer wohnen werden. Es handelt sich um die Vertreter von etwa 30-35 Ländern; darunter sind führende Männer und Bischöfe der Kirchen.

Bücheranzeigen

Betriebswirtschaftslehre. Grundzüge des Rechnungswesens und des Aufbaues schaffenswirtschaftlicher Betriebe. Von Prof. Dr. G. Geldmacher. 2. Aufl. (44 Seiten mit Figuren, Teubners Handbuch der Staats- und Wirtschaftswissenschaften. Abt. 2. Wirtschaftswissenschaften. Bd. 2, Heft 4). Kart. 2 M. B. G. Teubner, Leipzig. — Der berufstätige Wirtschaftler, der Studierende der Wirtschaftswissenschaften, beide benötigen ein Werk, das ihnen hilft, den schaffenswirtschaftlichen Betrieb in seinem Wesen und in seinen Lebensbedingungen zu erfassen, das ihnen einen Begriff und eine Vorstellung von seinem Aufbau und Ablauf gibt. Das vorliegende Buch will einen solchen gedanklichen Unterbau vermitteln. Seine Lektüre ist sehr zu empfehlen.

Der Verdun. Erstes und letztes in Wort und Bild. Von Major E. Ebeling. (198 Seiten Großformat. Mit 52 Abbildungen und 2 Skizzen. In Halbleinen gebunden 6 M. Hr. Beller A.-G., Verlagbuchhandlung, Stuttgart.) — Der Verfasser, Bataillonskommandeur in verschiedenen heikeln Kämpfen vor Verdun, schildert lebendig und packend in Originaltagebuchform die Taten und abermenschlichen Leiden der tapferen Schwaben, wie die preussischen und bayerischen Regimenter.

Das Glücksheim. Der neue Weg zum Eigenheim. Als Beispiel erfolgreicher Selbsthilfe den Familien in Stadt und Land dargestellt von Lehrer E. Reumann. Mit Bauanleitungen und vielen Hausbeispielen in 125 Abbildungen. 26. Neuausgabe 1927. 1.60 M. Franke, Heimkulturverlag E. Vogt, Leipzig 80. Postfach Leipzig 1052). Diese Veröffentlichung Nr. 7 der „Heimkultur-Bücherei“ will aus Wohnungsnot und -elend zum Besten einer Heimstätte mit Garten hinführen. „Wie ich mit meinen Jungen das Glücksheim selber mit errungen“, sagt hier der Verfasser und regt zur Nachahmung an. Wenn er 1914 nur insgesamt 1000 M

Baraufwendungen dafür hatte, das wirklich schmale Grundstück schlüsselfertig herzustellen, wie es uns in Bild und Plan gezeigt wird, so wird man für die reizenden Hausbeispiele des Buches etwas mehr anlegen müssen, kann aber dafür auch wieder mit Hauszinssteuer-Hypotheken und anderen Vorteilen rechnen, die das Bauen ermöglchen. In Nr. 8 „Das Vaterhaus“. „Ein Führer zum Eigenheim mit Garten“. Mit 100 Abbildungen, 20. Tausend, zeigt Professor Schwindrazheim, daß für jede Familie das Eigenheim statt der Mietwohnung auch in der Stadt erreichbar ist und schildert, wie Wohnungssuchers zu einem Vaterhaus kamen. Er hat recht: Ohne Eigenheim kein Vaterhaus! In Nr. 6 „Die Gesundheit im Eigenheim“ hat A. Baumgart in 20. Auflage einen Ratgeber geschrieben für alle, die eine gesunde Wohnung suchen oder bauen wollen. Diese drei Heimkulturbücher ergänzen sich und bilden so ein dreiteiliges Informationswerk mit insgesamt 300 Abbildungen.

Die Schnellküche der Jungfrauen, von Elisabeth Keff. 70 Rezepte, das Beste vom Guten, keines braucht mehr als 20 Minuten. (Französische Verlagshandlung, Stuttgart, Preis kart. 1.20 M.). — Ein nützliches Büchlein! Man findet alle Vorspeisen, Suppen, Fleischspeisen, Aufspeisen, Gemüse, Kompotte, Eier- und Mehlspeisen usw., Wink für Bewirtungen, Speisefolgen für sich und für Gäste. Selbst der Kaloriengehalt der Speisen ist durch Zeichen angegeben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Juli		14. Juli	
	Weis	Preis	Weis	Preis
Amsterdam 100 G.	168.56	169.00	168.58	169.92
Kopenhagen 100 Kr.	112.51	112.73	112.51	112.73
Italien . . . 100 L.	22.595	22.935	22.595	22.935
London . . . 1 Pf.	20.426	20.466	20.43	20.47
Newyork . . . 1 D.	4.2085	4.2155	4.2085	4.2155
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.47	16.51
Schweiz . . . 100 Fr.	80.97	81.13	80.99	81.115
Wien 100 Schilling	59.25	59.37	59.25	59.37
Brag . . . 100 Kr.	12.473	12.493	12.474	12.494

Verschiedenes

Neue Unwetter. Über Teile Sachsens ist am Donnerstag nachmittag ein neuer Wolkenbruch niedergegangen, glücklicherweise ohne besonderen Schaden anzurichten. Auch im ganzen Vogtlande gingen Unwetter nieder. Für einige Orte an der Elbe besteht Hochwasserfahr. Die Opfer der Unwetterkatastrophen in Sachsen haben sich um zwei vermehrt. Die Unwetterperiode in Frankreich ist noch immer nicht zu Ende. So berichten die Morgenblätter, daß in Tarbes ein Zyklon niedergegangen ist, der auch bis nach Ruh zu verwehen war. In Tarbes selbst und Umgegend sind die Äcker stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Das Elektrizitätswerk wurde beschädigt. Der Schaden soll sich auf mehrere Millionen Franken belaufen. 60 Arbeiter wurden durch Glasplitter verletzt. Tarbes ist ohne elektrische Kraft.

Das Erdbeben in Palästina. Die deutschen Kolonien in Palästina wurden von dem Erdbeben verschont. Es sind keine Menschenverluste zu beklagen. Die deutsche Anstalt in Jerusalem ist mit Ausnahme der Oberrichtung, die sehr beschädigt worden ist, nur wenig in Mitleidenschaft gezogen worden.

Bräuteneinsturz. In dem Dorfe Alavez in der Provinz Valencia (Spanien) stürzte eine Bräute ein. Neun Personen kamen dabei ums Leben.

Hitzewellen. In Newyork und in anderen Städten der Vereinigten Staaten wurde dieser Tage eine Temperatur von 88-89 Grad gemessen. Infolge der großen Hitze, sind mehrere Personen an Hitzschlag gestorben.

Operette im Konzerthaus
Morgen Samstag, 16. Juli 1927, abends 7¹/₄ Uhr
Die große Revue-Operette 9.520
Die Zirkusprinzessin
Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Werderstr.; Brunnot, Kaiserallee; Verkehrsverein, Kaiserstr.;
Konzertkassens und telephonisch (7260) zu
Mark 1.70 bis 6.50. — Sonntag: Die Zirkusprinzessin.

Das Freiburger Münster
Von Dr. h. c. Friedrich Kempf
Münsterbaumeister
Mit 274 Abbildungen Preis in Ganzleinen 20 M.
Dieser stattliche, wirklich wundervoll ausgestattete Band ist das schönste Werk, das bisher über das Freiburger Münster erschienen ist. Die Dreiteilung in Baugeschichte, bildende Kunst und Malerei hat eine solche Einheitlichkeit ermöglicht, daß der Leser sich ein vollständiges Bild der Entwicklung bis zur gegenwärtigen Gestalt machen kann.
Verlag G. Braun G.m.b.H., Karlsruhe (Baden)

Neue wertvolle Fahrradmarken!
Herren-, Damen- und Rennräder, 2 Jahre Garantie, sind weit unter Verkaufspreis auszulösen bei beauftragtem Spediteur (Lagerstätte). Eugen von Steffeln, Baumeisterstraße Nr. 48, i. B.: G. Hartmann.
129. Ettenheim. Durch Beschluß des Amtsgerichts Ettenheim vom 30. Juni 1927 wurde die Otto Walter Ehefrau Wofa geb. Kaiser in Grafenhausen wegen Trunksucht entmündigt. Ettenheim, 9. Juli 1927. Badisches Amtsgericht.

Leser Bücher Wissen zum Machen!
Wolfsach. 3.115
In das Güterrechtsregister des Amtsgerichts Wolfsach Band II Seite 453 wurde eingetragen: Josef Oberer Leingebinger in Hoffetten und Theresia geb. Himmelpach; Ehevertrag v. 20. Juni 1927; Gütertrennung an Stelle der bisherigen Erbschaftsgemeinschaft. Wolfsach, 12. Juli 1927. Bad. Amtsgericht.

Was tut er?

Das große Sporträtsel
der Kölnischen Illustrierten Zeitung

Das Problem der deutschen Minderheiten und der Völkerfreiheit in Nation und Nationalität
Erster Ergänzungsband zum Jahrbuch für Soziologie
Herausgegeben von Prof. Dr. G. Salomon
Gr. 8. VIII, 224 Seiten
Broschiert RM. 8.— Ganzleinen RM. 10.—
Prospekt kostenfrei
Verlag G. Braun in Karlsruhe